

Heilige Schriften, unheilige Taten

(Israel und Palästina)

Von: Ludger Volmer, Berlin, Januar 2009

„Sie sind Präsident, kein Politiker. Davon verstehen Sie nichts. Halten Sie sich da raus!“ Barsch herrschte Benjamin Netanjahu, Israels Regierungschef, Roman Herzog, den deutschen Bundespräsidenten, an. Herzog blieb gleichmütig, ließ die Tirade scheinbar ungerührt abprallen. Als verstünde er kein Englisch. Der Dolmetscher übersetzte etwas weich gezeichnet. Was hatte Herzog verbrochen, dass er sich eine solche Suada einhandelte? Das Existenzrecht Israels in Frage gestellt? Die besondere deutsche Verantwortung für diesen Staat? Die Hauptstadt Jerusalem? Nichts von alledem. Er hatte schlicht gefragt, wie der Israeli die Lebenssituation der Palästinenser im Westjordanland einschätze. Das reichte, um sein Gegenüber explodieren zu lassen. Was dort drüben geschah, war nicht für die Augen der Weltöffentlichkeit geeignet, nicht für prominente Beobachter, erst recht nicht für deutsche. Kein Thema!

Als Vertreter der Bundesregierung begleitete ich im November 1998 den Bundespräsidenten in den Nahen Osten. Auch Ignaz Bubis, Michel Friedmann, Hans Küng und Friede Springer gehörten der Delegation an. Zu Beginn der Reise hatten wir – wie bei jedem offiziellen Besuch in Israel Pflicht und Wunsch - in Jad Vashem der Opfer des Holocaust gedacht. Ein schlichter und ergreifender Akt. Wir hatten Jitzhak Rabins Grab besucht, seine Witwe getroffen, um zu zeigen, dass unsere Sympathie den Friedensfreunden im Nahen Osten gehörte.

Und nun – Netanjahu! Es war etwas verstörend, was dieser Herr uns auftischte. Anhand der Wandkarte wurden uns die israelischen Gebietsansprüche und Sicherheitsinteressen erklärt. Für die Palästinenser blieb da nicht viel Raum. Ein Flickenteppich zerrissener Gebiete markierte ihr Gelände, dazwischen israelische Siedlungen und militärisch kontrollierte Straßen. Ein Volk oben auf Hügeln, ein Volk unten in Tälern. Die Deutschen,

nachdrücklich an ihre historische Verantwortung erinnert, sollten das Szenario kommentarlos hinnehmen.

Von Israel fuhren wir mit in die Palästinensergebiete, nach Jericho. Mit dem eigenen Bus, nicht mit israelischen Staatskarossen. Die Israelis demonstrierten ihre Macht, hielten den angemeldeten Konvoi an der Grenze protokollwidrig, fast schikanös lange auf. Herzog wich den Problemen nicht aus. Er wollte ein eigenes Bild der Lage gewinnen. Geduldig hörten wir uns auf der Westbank die verzweifelten Klagen deutscher Frauen an, die mit Palästinensern verheiratet waren. Eindrucksvoll schilderten sie das Elend des Alltags, die ständige Angst, die Perspektivlosigkeit. Die Verzweiflung war echt und erschütternd. Bei allem Verständnis - im Gespräch mit Arafat ließ Herzog dem Palästinenserchef dennoch nichts durchgehen. Dieser hatte mal wieder die Gespräche mit Israel abgebrochen, unsere Delegation machte Druck, bis er einzulenken versprach.

In der Reisegruppe entspann sich eine lebhaft Diskussions darüber, ob Israel seine Sicherheitsinteressen wirklich optimal vertrat. Wie lange konnte ein solcher Hardliner-Kurs gut gehen? War ihnen die Meinung der Weltöffentlichkeit wirklich gleichgültig? Durfte oder musste man die israelische Politik als Apartheid bezeichnen? Verlangte die deutsche Verantwortung wirklich, alles kritiklos zu schlucken? Oder hieß ernsthafte Wahrnehmung von Verantwortung, deutlich zu widersprechen, wenn die Dinge vorhersehbar eine fatale Entwicklung nahmen? Ignaz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Liberale, der Humanist, der Freund war tief erschüttert. Er sagte mir Dinge über Israel, das Land, in dem er nicht lange darauf seine ewige Ruhe fand, die ein nichtjüdischer Deutscher öffentlich nie sagen dürfte.¹

„Dass (Deutschland) nach den schrecklichen Verbrechen des Nationalsozialismus für den Bestand und das Schicksal des Staates Israel Mitverantwortung trägt, ist selbstverständlich, doch diese wird durch die zeitweilige Intransigenz Israels nicht gerade erleichtert. Auf der anderen Seite tut Deutschland gut

daran, sich seine traditionelle Freundschaft zu den arabischen Völkern und erst recht deren traditionelle Deutschlandfreundlichkeit so weit wie möglich zu erhalten.“ Roman Herzogs Memoiren mögen von manchem Rezensenten als etwas selbstgefällig kritisiert worden sein – einen solchen Satz hat man von Johannes Rau, Gerhard Schröder oder Joschka Fischer damals jedenfalls nicht gehört.²

Seit dem 11.9. hat das Thema Nahost eine neue Dimension erhalten. Kampf dem transnationalen Terrorismus - das müsste vor allem heißen, die tiefe Verstimmung zwischen der arabischen und der westlichen Welt zu beseitigen. Wann immer man sich dem Thema nähert, drängt sich schnell ein zentraler Konflikt in den Vordergrund: der Nahostkonflikt, genauer: der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern. Hier liegt das Kernproblem, der Focus-Konflikt, andere Konflikte leiten sich davon ab, werden dadurch überformt, nähren sich daran, verbergen sich dahinter. Der Konflikt ist nicht kausal für den Terror, für den es keine Legitimation geben kann. Aber er ist Anlass, Vorwand, Motiv für Generationen arabischer Jugendlicher, sich vom Westen abzuwenden, den Frust über die Modernisierungskrise der eigenen Gesellschaft zu projizieren, sich zu radikalisieren. Hier findet sich der Nährboden für Terrorgruppen. Dagegen hilft letztlich kein Militär, kein Imponiergehabe. Hier ist der Dialog der Kulturen angesagt, ein Dialog, der keine abstrakte Veranstaltung für Akademiker bleiben darf, kein Sinnieren über Religionen. Hier muss mit gegenseitigem Respekt und Einfühlungsvermögen über Handfestes geredet werden, über gegenseitige Sicherheit, über Lebenschancen und Entwicklungsrichtungen, über die Beteiligung der Menschen an der politischen Gestaltung ihrer Gesellschaften.

Joschka Fischer und ich waren uns in dieser Analyse einig. Nach langen, manchmal erbitterten Auseinandersetzungen war sie Konsens in der grünen Partei geworden.³ Einig waren wir uns auch darin, dass der Nahostkonflikt nur auf der Basis der Zweistaatlichkeit zu lösen sei. Die Palästinenser brauchten ihren eigenen, lebensfähigen, unabhängigen Staat, Israel die An-

erkenntnis des Existenzrechtes und Sicherheitsgarantien. So lauteten auch die Kernpunkte der ‚Road Map‘ der internationalen Gemeinschaft. ‚Land gegen Frieden‘ - diese Formel, wie auch immer variiert, bietet letztlich den Schlüssel zur Lösung des Konfliktes. Alles andere ist Zeitverschwendung.

Unter der Oberfläche einer pragmatischen Zusammenarbeit aber gab es eine nicht ganz unerhebliche Differenz zwischen Joschka und mir. Fischer rollte die gesamte Nahost-Frage aus der Sicht der israelischen Sicherheitspolitik auf. Einer kooperativen Sicherheitspolitik, die an Verständigung interessiert war, nicht an einem militärischen Sieg. Nur wenn man sich prinzipiell auf die Seite Israels stelle, habe man Einfluss auf dessen Politik und könnte die Friedenskräfte stärken, meinte Fischer. Das liege objektiv im Interesse auch der Palästinenser. Man kann über diesen Diskurs-Ansatz streiten. Ich blieb skeptisch. Letztlich war er erfolglos. Jeder andere Ansatz allerdings auch.

In der deutschen Öffentlichkeit kam Fischer damit gut an. Zufällig war er in der Nähe, als ein grauenhaftes Selbstmordattentat vor einer Disko in Tel Aviv zahlreiche Jugendliche zerriss. Er griff öffentlich ein, redete der israelischen Regierung einen Gegenschlag aus und ging mit Arafat ins Gericht. Das war gut. Dennoch stellten sich Fragen: warum reagierte er nicht bei Übergriffen der israelischen Armee in den Palästinensergebieten? Und war Arafat eigentlich die richtige Adresse?

Fischer gab in Deutschland das Bild eines in Israel und Palästina gleichermaßen geachteten Vermittlers ab. Die Wirklichkeit hinter den Kulissen sah etwas anders aus. In Israel wurde er gefeiert bis zur Verleihung der Ehrendoktorwürde. Bei den Palästinensern jedoch galt er als verlorener Freund, ja, als Verräter, weil er nicht über genuine Palästinenserrechte redete, sondern ihnen Rechte von Israels Gnaden zubilligte. Abseits des Protokolls wurde mir das in aller Deutlichkeit mitgeteilt.

Sie waren maßlos enttäuscht von ihm, besonders weil er sich in Jugendjahren engagiert auf die palästinensische Seite gestellt

hatte. Von der CDU/CSU/FDP-Opposition wurde er just wegen dieser Vergangenheit im Bundestag massiv angegriffen. Als Frankfurter Straßenkämpfer habe er Polizisten verletzt, militant aufgeladen durch Palästinenserkongresse, an denen er teilgenommen hatte. Wichtige Medien steuerten ihren Teil dazu bei, den damals beliebtesten deutschen Politiker zu dämonisieren. Hier ging es urplötzlich ums Ganze. Fischer sollte demontiert, gestürzt werden. Und mit ihm Rot-Grün?

Ihn raus zu hauen, wurde mein Job. Zwei Bundestags-Fragestunden lang wurde ich als Regierungsvertreter mit Fragen zu Joschkas Vergangenheit bombardiert, dann hatte ich ihn nach heftigen Rededuellen aus der Schusslinie gezogen. Meine Parteifreunde in NRW jedoch hatten die Gefechtslage mal wieder nicht verstanden und glaubten, ich wolle Joschka ausliefern. Aufhänger war meine Aussage im Parlament, Fischer habe nur eine Stunde an der beanstandeten Palästinenserkonferenz teilgenommen. An der „einen Stunde“ hängt sich nun die Medienmeute auf, die Fischer hinrichten wollte. Einen minderschweren Fall wollten sie nicht hinnehmen. Also schlugen sie auf mich ein, ich wolle alles herunterspielen. Meine „Freunde“ in NRW analysierten messerscharf, ich habe die „eine Stunde“ erfunden, um, auf die absehbare Medienreaktion spekulierend, die Kampagne gegen den langjährigen Rivalen absichtlich in die Länge zu ziehen. Die Wahrheit ist: Fischer selbst hatte mir, als wir zehn Minuten Zeit hatten, die Fragestunde vorzubereiten, auf meine insistierende Frage hin gesagt, er sei nur „etwa eine Stunde“ auf dem Kongress gewesen. Die Wahrheit war hier die beste Verteidigungslinie. In NRW wurde mir daraus ein Strick gedreht.

Einige liberale Medien bereiteten nach endlosen Tagen dann Joschkas öffentlichen Freispruch vor – nicht wegen erwiesener Unschuld, sondern wegen überzeugender Änderung des Lebenswandels. Letztlich rettete Fischer die Liebe des Volkes, das sich in dem ehemaligen Rabauken, der sich selbst durch harte Exerzitionen zivilisiert hatte, wieder erkannte. Der verlorene Sohn gewann in der operettenhaft anmutenden Schlacht um

Schuld und Sühne mehr Sympathien als seine Waden beißenden Verfolger.

Wie ein Häufchen Elend hatte Joschka vor der Fragestunde vor mir gesessen. Er war tief verletzt, am Boden zerstört. Nicht weil er sich schuldig fühlte. Dazu hatte er keinen Grund. Sondern – so mein Eindruck - er hatte gedacht, nicht nur in den Schoß der bürgerlichen Gesellschaft zurückgekehrt zu sein, aus dem er 1968 ausgebrochen war. Mehr noch, er, der ehemalige Streetfighter, das Einwandererkind aus kleinbürgerlichen Verhältnissen, hatte gemeint, als Staatsmann geradezu den ideellen Gesamtbürger zu verkörpern. Und nun wollte diese Gesellschaft ihn wieder ausstoßen!

Wir sind darüber hinweg gekommen. Die Gesellschaft war reifer als manch ein Medienstratege, der Umsatz steigernd unter dem Vorwand der Aufklärung eine unterhaltsame Stimmungskampagne befeuerte. Wichtiger als die Frage nach Fehlritten wurde für die ernsthaft Interessierten die nach dem Motiv von Joschkas Veränderung. Warum ist er damals nicht völlig abgedriftet? Irgendetwas in Fischers Lebenslauf musste einen grundsätzlichen Wandel seiner Einstellung herbeigeführt haben. Mir sagte er, es sei Entebbe gewesen. Als 1976 die palästinensischen Flugzeugentführer ihre Geiseln in jüdische und nicht-jüdische selektierten. Das habe ihn an Auschwitz erinnert, an die Rampe, und klargemacht, dass man diesen Weg nicht gehen dürfe.

Fischer, in Frankfurt aufgewachsen, hatte die Auschwitzprozesse verfolgt, hatte Adorno gehört und wurde von der jüdischen Gemeinde politisch nachsozialisiert. Auschwitz wurde zum Ausgangspunkt seines gesamten politischen Denkens. Es gab seinem politischen Handeln Ernst und Tiefe, verengte es aber zugleich, weil unterhalb der Dimension des Holocaust die Dinge für ihn nicht immer wesentlich genug waren. Der Holocaust, der industriell betriebene Massenmord der Nazis an den europäischen Juden, war ein singuläres Verbrechen. Nicht zu relativieren durch den Vergleich mit anderen Völkermorden. Aber bedeutet das die Erlaubnis, sich Verbrechen gegenüber, die diese

Dimension nicht erreichen, indifferent zeigen zu dürfen? Die Frage, adressiert an Fischer, hat ihre Berechtigung. Hat er nicht die Militäraktion im Kosovo mit einem drohenden Auschwitz begründet? Hat er nicht seinen Meinungswandel bezogen auf militärische Gewalt überhaupt, seine Wandlung vom Pazifisten zum ‚Bellizisten‘, mit dem Massenmord an den Muslimen in Srebrenica begründet, der ihn an Auschwitz erinnere?

Fischers Rhetorik war erfolgreich, aber auch fatal. Denn waren ohne die Legitimationsfigur ‚Auschwitz‘ die Dinge nicht schlimmer genug? Erzwingen sie nicht auch ohne diesen Vergleich unser Engagement? Sind wir exkulpiert, wenn wir die Augen verschließen, weil es ja nicht Auschwitz ist, was dort droht? Gibt der Verzicht auf diesen Vergleich nicht eher erweiterte Handlungsmöglichkeiten, weil er das Denken nicht sofort auf militärische Optionen verengt? Und wie steht es um Ereignisse, die kein Völkermord sind, sondern schlicht schreiendes Unrecht – wie die Lage der Palästinenser?

Für alle bedrängten Juden dieser Welt einen sicheren Hafen zu schaffen – spätestens seit dem Holocaust versteht sich dieses Ziel von selbst und bedeutet für Deutschland eine immer währende Verpflichtung. Einen eigenen Staat Israel zu gründen, der alle die aufnehmen will, die aus der jüdischen Diaspora in die biblische Heimatregion zurückkehren wollen – auch dieses politische Ziel, lange vor der Shoa formuliert, hat sein Recht. Aber es bedingt auch völkerrechtliche Pflicht. Denn was bedeutet es für die palästinensische Seite, für die Menschen, denen dieselbe Region seit vielen Jahrhunderten ebenfalls Heimat ist?

Die Formel der deutschen Außenpolitik nach der Staatsgründung Israels lautete: Deutschland hat eine historisch begründete besondere Verantwortung für den Staat Israel. Das war und bleibt richtig. Blendet aber die andere Seite aus, die palästinensische. Nicht allein Bundespräsident Herzog empfand hier ein Defizit. Zahlreiche Außenpolitiker aller Parteien denken ähnlich. Ich bemühte mich in meiner Zeit, die Verantwortungsformel zu erweitern: Deutschland hat eine besondere Verantwortung für

den Staat Israel - und die Folgen seiner Gründung. In mehrere Resolutionen des Bundestages floss diese Formel ein. Sie hieß nicht weniger, als dass wir uns auch um das Schicksal der Palästinenser zu kümmern hätten.

Der eigene Palästinenserstaat war allgemeiner Konsens bei den Grünen. Aber Fischer leitete dieses Ziel – und das war unsere subtile, aber gravierende Differenz – nicht wahrnehmbar aus eigenem palästinensischem Recht ab, sondern aus den Sicherheitsinteressen Israels. Israel könne langfristig nur überleben, wenn ein friedliches Palästina an seiner Seite existiere. Das hieß Zweistaatlichkeit, das hieß Palästinenserstaat. Das schien den Konsens wieder zu geben, doch perspektivisch war es einseitig. Denn die Palästinenser wollten ihren eigenen Staat nicht als Zugeständnis Israels, als rationales Kalkül dortiger Sicherheitspolitik, sondern als Ergebnis eines eigenen völkerrechtlichen Anspruchs. Sie wollten nicht abhängig sein von den innenpolitischen Stimmungsschwankungen in Israel, vom dortigen Wechsel der Strategien. Auch wenn der Endstatus gleich aussah. Weg und Begründung waren unterschiedlich. Ein Staat aus eigenem Recht oder ein Staat als Geschenk des Nachbarn? Das ist nicht weniger als der Unterschied zwischen Emanzipation und Kolonialismus. Wer den arabischen Stolz kennt, auch das tiefe Minderwertigkeitsgefühl wegen der vergeudeten Jahre, der weiß, dass dieser Unterschied entscheidend ist.

Im Februar 2004 war ich als Leiter einer grünen Delegation⁴ wieder in Israel. Ariel Sharon ließ gerade die Mauer bauen. Auf dem Weg von Tel Aviv nach Jerusalem hörten wir im Autoradio von einem entsetzlichen Selbstmordattentat auf einen Bus. Zahlreiche Fahrgäste, unter ihnen Schulkinder, waren ermordet worden. Wir fuhren sofort zum Tatort, den wir zwei Stunden später erreichten. Die Spuren waren fast völlig beseitigt. Wir legten einen Kranz neben die Blumengebinde. Wer das getan hatte, durfte nicht mit der geringsten Sympathie rechnen und sei sein politisches Anliegen noch so berechtigt. Mir fiel der Philosoph Ernst Bloch ein: „Im Weg muss das Ziel schon durch-

scheinen“, hatte er von den Reformern und Revolutionären gefordert, die von der „Dunkelheit des Augenblicks“ in die „offene Adäquatheit“ fortschreiten wollten. Das hieß im Umkehrschluss: was im Weg durchscheint, ist das Ziel. Wer Terror verbreitet, dem kann man nicht abnehmen, dass er eine humane Zukunft anstrebt. Ein terroristischer Weg weist in eine Gesellschaft, die auf Terror gründet. Die Palästinenser verspielten die Sympathie, die ihr Elend ihnen eingebracht hat.

Dann fuhren wir weiter zur Mauer. Ein martialischer Anblick. Die Assoziation an Berlin war unvermeidlich. Vor der Mauer hatten die Israelis den ausgebrannten Bus drapiert. Als Zeichen für ihren Sinn. Selbstmordattentäter sollte sie abhalten. Vielleicht erfüllt sie diesen Zweck. Zu wünschen wäre es. Aber vielleicht schürt diese Mauer auch nur mehr Hass und mehr Unverständnis. Denn sie zerschneidet palästinensische Siedlungen, schneidet Häusern den Garten und Kindern den Schulweg ab, umzingelt Siedlungen wie Bethlehem fast rundum. Sie folgt nicht der Grenze von 1967, der grünen Line, die in den internationalen Diskussionen als Grenzlinie eines eigenen Palästinenserstaates figuriert. Sie verläuft auf palästinensischem Gebiet, gemeindet illegale jüdische Siedlungen in den israelischen Staat ein. Diese Mauer mag schützen, aber sie ist ein Monument aggressiver Vorwärtsverteidigung, die der anderen Seite die Luft zum Atmen nimmt. Kurzfristig mag sie für Israel ein Sicherheitsgewinn sein, aber prinzipiell bildet sie ein weiteres Hindernis im Friedensprozess und einen Stein des Anstoßes.

Wir ließen uns die Strategie der Regierungsseite erklären, sprachen mit der israelischen Opposition. Und wir reisten nach Palästina, trafen Arafat in seinem Bunker in Ramallah - einer der letzten internationalen Kontakte vor seinem Tod. Wir waren keine Anhänger Arafats, wussten, zu welchen Winkelzügen er fähig war. „In Englisch, nach Westen, redet er als Taube, in Arabisch Richtung Osten als Falke“, warfen seine Gegner ihm vor. Aber man brauchte nur nach Bethlehem zu fahren oder in den Gazastreifen, um die verzweifelte Lage der Palästinenser zu erkennen. Und wenn Arafat mit seinem doppelten Gesicht sich

nicht durchsetzte? Konnte er überhaupt eindeutig einen Verständigungsfrieden propagieren, wenn Israel es nicht dankte? Musste er nicht durch Rhetorik versuchen, ein Überlaufen der frustrierten Massen zur Hamas zu verhindern? Heute sind seine früheren Kritiker klüger.

Gaza ist, so dachten wir bei unserem Besuch, selbst wenn Israel die Siedlungen räumen würde, für sich genommen nicht lebensfähig. Auch die begleitenden Direktoren des UNO-Hilfsprogramms waren mehr als skeptisch. Sie waren froh, dass deutsche Politiker endlich einmal ins Zentrum der Probleme schauten, sich ihre unverblühten Analysen anhörten. Sie wie auch wir hatten große Sorge: „Gaza wird zum Ghetto. Es ist von israelischem Gebiet umgeben, aber abgeschnitten von den dortigen Arbeitsplätzen, kann sich nicht selbst versorgen. Es wird am Tropf der Internationalen Gemeinschaft hängen, ein Sozialhilfefall. Wir zahlen die Zeche, und hier entsteht eine neue Brutstätte für Militanz.“ Wir versuchten, Hamas-Sympathisanten den Terror auszureden. Aber auch Gemäßigte beklagten, ohne eine Räumung der Siedlungen auch in der Westbank und ohne Verbindung des Gaza-Streifens mit dem Westjordanland gäbe es keine Lösung.

Dies ist der springende Punkt. Welches strategische Ziel verfolgte Sharon? War die damals angekündigte Räumung des Gazastreifens der Auftakt zu einer ernsthaften Zweistaatenpolitik? Würde die weitgehende Räumung der Westbank folgen? Oder ging es darum, Druck abzulassen, den Gazastreifen aus Gründen der Frontverkürzung zu räumen, um die Westbank um so fester halten zu können? Und die illegalen Siedlungen rund um Jerusalem? Um von einem palästinensischen Flecken durch israelisch kontrolliertes Gebiet zum anderen, um von Stadt zu Stadt zu kommen, benötigten die Palästinenser Passierscheine. Das galt selbst für ihre Parlamentarier, die zu offiziellen Terminen nach Ramallah wollten! Wie sollten sie so eine Demokratie aufbauen? Autonomie von Israels Gnaden, das konnte nicht die Lösung sein. Separierte Entwicklung von zwei

Gesellschaften auf demselben Territorium – kannten wir das nicht aus einer anderen Weltgegend?

Im israelischen Friedenslager zirkulierte ein Papier, der sogenannte „Scharon-Plan.“ Über 10 Jahre alt. Zu sehen war die Westbank mit roten Punkten und einem dicken schwarzen Strich. „Das sind die Siedlungen und die Mauer. Alles von langer Hand geplant, um die Westbank einzugemeinden“, lautete die Analyse der Peace-Now-Aktivisten. „Er wird Gaza räumen und in einem Zustand hinterlassen, der ihm als Beweis für die Unfähigkeit der Palästinenser zur Selbstverwaltung dient. Darauf gestützt wird er die Westbank unter Kontrolle halten.“

Böse Spekulation? Ein Indiz für die Berechtigung war Scharons Strategie der einseitigen Maßnahmen. Hätte er den Rückzug aus dem Gaza-Streifen nicht einseitig verkündet, sondern mit den gemäßigten Palästinensern, mit der Fatah, verhandelt, wie wir Europäer ihm dringend nahe legten, so hätte er diese zugleich gestärkt. Sie hätten den israelischen Abzug als Ergebnis ihrer verständigungsorientierten Politik ausgeben können. In den Augen der palästinensischen Bevölkerung hätte Verhandlung, hätte die Fatah, Fortschritt gebracht. So aber konnte Hamas profitieren. Sie brach in Triumphgeheul aus und behauptete, ihre militante Politik habe die Israelis vertrieben und den Sieg gebracht. Wie schon vor einigen Jahren, als Israel sich aus dem Südlibanon zurückzog, was von palästinensischer Seite nicht gedankt wurde.

Ob dieser Effekt in Scharons Absicht lag? Jedenfalls konnte er anschließend verkünden, über die Westbank gebe es nichts zu verhandeln, weil auf der anderen Seite ernsthafte Gesprächspartner fehlten. Uri Avnery, der inzwischen greise Held des Exodus und der Gründungskriege, der damalige „Terrorist“ und heutige Friedenskämpfer, unser Freund und Berater – für ihn war bei unserem Besuch die Sache klar: Scharon plane parallel zur Freigabe Gazas die Annexion der Westbank.

Mit Hamas zu reden, ist eine Zumutung. Viele dort propagieren und glauben an einen Sieg über Israel. Nicht unbedingt sofort, nicht unbedingt militärisch, nur hin und wieder hört man, die Juden müssten ins Meer zurück getrieben werden. Die meisten setzen auf den demographischen Faktor. Raketen auf Israel dienen dazu, Zeit zu schinden, einen Frieden zu verhindern, damit der demographische Faktor Wirkung entfalten kann. Die Geburtenrate der Palästinenser ist enorm hoch, in ein, zwei Jahrzehnten wird die Gesamtzahl der Nicht-Juden im Gebiet von Israel plus Westbank die der jüdischen Bewohner übertreffen. Was dann?

Sollte Israel keine zwei unabhängigen Staaten zulassen, mit einer jüdischen Bevölkerungsmehrheit im heutigen Kernland, sondern die Kontrolle über die Westbank erhalten wollen, dann gäbe es folgendes Szenario: entweder wäre Israel demokratisch oder es wäre jüdisch. Entweder ließe man eine palästinensische Mehrheitsbildung zu und verlöre die jüdische Prägung oder man setzte das Judentum durch auf Kosten der Demokratie. Theodor Herzls Vision jedenfalls von einem jüdisch-demokratischen Israel, von Erez Israel, wäre verspielt. Und das Westjordanland als halbautonomes Gebiet, mit eigener Verwaltung aber ohne gesamtstaatliche demokratische Rechte mit zu schleppen? Bantustan, Homeland – vergleichbare Pläne hatten schon im Südafrika der Apartheid keinen Bestand.

Auch auf israelischer Seite gibt es Fantasten eines Siegfriedens. Bei unserer Reise trafen wir eine Sprecherin der Partei russischer Einwanderer, eine freundliche, gemütlich wirkende Frau. Das Gespräch über die Lebenslage in Israel, die Arbeitslosigkeit, den geplagten Mittelstand, den inneren Rassismus plätscherte dahin, bis sie mit ihrem Vorschlag zur Palästinenserfrage aufwartete: Putin, Tschetschenien, Flächenbombardierung...es war manchmal schwer für uns, die Contenance zu wahren.

Eine isolierte Stimme? Was soll man von folgender Szene halten? Botschafter Avi Primor, der Friedensstratege, der Glücks-

fall für die israelisch-deutschen Beziehungen, und sein Team waren von Likud abgelöst worden. Ein neuer ranghoher israelischer Diplomat machte seinen Antrittsbesuch bei mir im Auswärtigen Amt. Ohne Umschweife kam er zur Sache. Sinngemäß: „Das ganze Hin und Her der Verhandlungen bringt doch nichts. So geht es seit Jahrzehnten. Warum nicht eine radikale und endgültige Lösung? Warum sollen die Palästinenser überhaupt auf der Westbank bleiben, eine energische Aktion, und sie sind draußen. Das dauert in paar Wochen, das muss die Welt aushalten, aber dann ist Ruhe, und alle gewöhnen sich daran. Tun sie doch immer. Was würde Deutschland davon halten?“ Ich lehnte entschieden ab, schaffte es noch, das Gespräch zu einem höflichen Ende zu bringen. Diplomatisch bestimmt unkorrekt, habe ich mit diesem Herren, der ein ganzes Volk deportieren wollte, bis heute kein Wort mehr gesprochen.

Es ist schwierig für uns Deutsche, angesichts des Holocaust hier die richtigen Worte zu finden. Die israelischen Falken haben die Erfahrung gemacht, dass sie uns mit diesem Argument immer wieder zum Schweigen bringen, zur Loyalität zwingen können. Die Araber dagegen verlangen von uns, diesen ‚Komplex‘, wie sie es nennen, zu überwinden. Die Wahrheit muss irgendwo dazwischen liegen. Verantwortung für den Staat Israel und die Folgen seiner Gründung - wir haben die Verpflichtung, auch den Palästinensern zu ihrem Recht zu verhelfen, wie den Israelis zu ihrem gesicherten Frieden.

Nicht alle in der arabischen Welt meinen es gut, wenn sie uns Ratschläge geben. Gerade wenn man sich etwas näher einlässt, wenn es familiärer wird, wenn die Gespräche offen werden, hört man so manche bizarre Äußerung: „Ihr Deutschen und wir Araber wissen, wie man mit Juden umzugehen hat.“ Ekelig. Da ist unzweideutige Distanzierung angesagt. Keine Kumpanei mit Antisemiten! Wie weit geht diese Haltung in der arabischen Welt?

Die offiziellen Äußerungen sind milder geworden. Die Arabische Liga hat angedeutet, Israel anzuerkennen und damit auch seine

Sicherheit zu akzeptieren, wenn Israel umgekehrt den Palästinensischen Anspruch anerkennt. Es gibt also zumindest die Bereitschaft zur Duldung. Wenn dem Bekenntnis aber nicht in absehbarer Zeit entsprechende Taten folgen, können die unterschwelligen, teils gruseligen, Stimmungen leicht wieder überhand gewinnen.

Jemen. Mit Trommelwirbel und Flötentönen werde ich von einer einheimischen Kapelle prozessionsmäßig durch die Straßen geleitet. Hoher Besuch aus Deutschland ist hier gern gesehen. Dann ein typischer Dialog. Außerhalb des Protokolls spreche ich meinen direkten Counterpart an, smart, eloquent, westlicher Stil: „Stimmt es, dass die Hamas im Jemen besonders viel Geld sammelt?“ „Wir sind das Kernland Arabiens. Alle kommen gern. Sie ja auch. Und alle guten Muslime geben Almosen, wie der Koran es verlangt.“ „Wenn Hamas auf dieses Geld angewiesen ist, können Sie dann nicht darauf drängen, dass sie die Selbstmordattentate einstellen.“ „Wir haben keinen Einfluss darauf.“ „Können Sie nicht wenigstens darauf drängen, dass sich Hamas auf militärische Ziele beschränkt?!“ „Würde Europa Hamas dann wertschätzen?“ „Das nicht, aber die Palästinenser würden nicht alle Sympathien verspielen.“ „Warum fordert Ihr nicht von Israel, die besetzten Gebiete zu räumen.“ „Wir Deutsch...“ „Wir mögen Euch Deutsche, wir verstehen uns gut. Aber Ihr müsst wieder selbstbewusster werden.“ „Wir haben eine besondere Verantwortung...“ „Wir auch...“

Kulturdialog heißt nicht, Arabern nach dem Munde zu reden. Aber mit Belehrungen kann man ihnen nicht kommen. Auf zahlreichen Reisen in die arabische Welt, bei langen Dinners an überladenen Tafeln, beim Empfang in Privatgemächern von Scheichs, in der Männerrunde der Diwania, ja, sogar bei halbkonspirativen Frauenversammlungen konnte ich dies erfahren. Man muss die Globalisierung gar nicht zum Maßstab für Entwicklung nehmen. Man muss auch nicht unseren europäischen Modernisierungsbegriff zugrunde legen. Die Araber wissen selber, dass sie in einer vergangenen Epoche leben. Die einen finden es gut und richten sich aggressiv gegen uns modernisti-

schen Ruhestörer, andere verharren fatalistisch in der Bewegungslosigkeit. Unglücklich sind sie alle, dass ihre Region, die in den Jahrhunderten, da Europa in der Dunkelheit des Mittelalters versank, so viel Neues in Mathematik, Medizin und Architektur beschert und zudem die europäischen Schriften des klassischen Altertums gerettet hat, heute so wenig Respekt genießt. Nur wenige wollen energisch zu neuen Ufern.

Ob dies eine unvermeidliche Konsequenz des Islam ist? Darüber mögen die Gelehrten streiten. Denn es gibt ja auch Gegenbeispiele. Das iranische Atomprogramm. Der Massentourismus in Tunesien. Die Boomtowns Dubai und Doha. Die Emirate haben das Glück, dass ihnen bald das Öl ausgeht. Sie wissen, dass sie die Erlöse investieren müssen in Modernisierung, Diversifizierung und langfristige Wirtschaftsstrategien. Also kann nicht der Islam das Entwicklungshindernis sein. Eher ist es das Öl, das genügend Einnahmen bringt, so dass gesellschaftliche Reformen überflüssig erscheinen. Die alten Machtstrukturen werden verfestigt. Der traditionelle Zeitbegriff des Nomadendaseins in der Wüste muss sich nicht an die modernen Taktgeber in den Prozessoren der Computer anpassen. Die Gesellschaften verharren bewegungslos.

Vor 15 Jahren gab es Visionäre für den Nahen Osten. Shimon Peres und Yasser Arafat hatten beide dieselbe Idee. Israel, Palästina, Jordanien sollten, wie die Beneluxländer, eng zusammenarbeiten, den Kern einer integrierten Wirtschaftsregion Nahost bilden. Das war ein faszinierendes Entwicklungsmodell. Wenn man hierhin doch wieder zurückkommen könnte!

Es gibt Kräfte in beiden Lagern, die dies wollen. Die sogar den Lagerbegriff aufgelöst haben. In Genf haben sie eine gemeinsame Initiative gegründet, friedenswillige Israelis und friedenswillige Palästinenser. Alle Streitfragen sind sie durchgegangen und haben für jedes einzelne Problem eine Lösung erarbeitet. Friede wäre möglich. Ein Verhandlungsfriede auf der Basis eines gerechten Interessenausgleichs. Aber warum hat diese Initiative, getragen vom ehemaligen israelischen Justizminister Jossi

Beilin und dem palästinensischen Informationsminister Yasser Abed Rabbo, so wenig Unterstützung bekommen?⁵ Auch Fischer reagierte nur halbherzig, als ich sie im Namen der Koalitionsfraktionen in den Bundestag einbrachte, wo sie mehrheitlich begrüßt wurde. Sie war kein Gegenmodell zur Road Map, sondern eine konkrete Ausgestaltung.

Zu viele Hardliner stehen dagegen, die ihr innenpolitisches Gewicht in gleichermaßen korrupten Gesellschaften aus der Gegnerschaft zur anderen Seite ableiten. Vielen ist die Gefahr zu groß, dass die Verständigung mit der anderen Seite so gravierende Brüche auf der eigenen provoziert, dass es zum Bürgerkrieg kommt. Im einen wie im anderen Land. Lieber Krieg zwischen den Staaten und Frieden im Inneren als zwischenstaatlicher Friede und innerer Bürgerkrieg. Für die Welt aber und für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus ist dies keine Lösung.

„Der Nah-Ost-Konflikt ist nicht lösbar“, hat Henry Kissinger einmal gesagt, „er kann nur mit größtem Aufwand ständig in der Schwebe gehalten werden.“ Die internationale Gemeinschaft ist jedoch eher bereit, ihren Teil zu einem nachhaltigen Frieden beizusteuern als zur Aufrechterhaltung des Status quo. Ein Verhandlungsfriede wird nicht zu sichern sein ohne die Stationierung von internationalen Beobachtern, von Blauhelmen. Dies wäre ein denkbarer Auftrag auch für die Nato, im Namen der UNO. Eine Überlegung, die wesentlichen Einfluss hatte auch bei der deutschen Entscheidung gegen den Irakkrieg. Denn wenn die Nato wirklich geeignet sein will, einst einen Frieden im Nahen Osten zu sichern, dann darf sie sich nicht durch einen Willkürkrieg in den Augen der arabischen Welt unmöglich machen. Durch Friedenssicherung im Nahen Osten könnte die Nato einen effektiveren Beitrag zum Kampf gegen den Terrorismus leisten. Aber ob ein Friede zustande kommt, liegt in erster Linie in der Hand der Führungsmacht USA.

- ¹ 1993 hatte ich als Parteivorsitzender gemeinsam mit Marianne Birthler die offiziellen Parteibeziehungen zum Zentralrat der Juden in Deutschland unter dem Vorsitz von Ignaz Bubis hergestellt (nachdem insbesondere Antje Vollmer immer wieder informelle Kontakte gesucht hatte)
- ² Herzog, Roman (2007): Jahre der Politik. Die Erinnerungen, München (Siedler), S. 359
- ³ Vgl. dazu Volmer, Ludger (1998), Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, Münster, Kap II 6.3 und III 3.3
- ⁴ Mit Marianne Tritz MdB und Nah-Ost-Experte Jörn Böhme. Vor Ort begleitet von Christian Sterzing, ex-MdB (Heinrich-Böll-Stiftung Ramallah) und Scherf (HBS Tel Aviv)
- ⁵ Vgl. Perthes, Volker (2003), Geheime Gärten. Die neue arabische Welt. Berlin (Siedler) S.177ff,